

Zur gesellschaftlichen Aneignung

Christian Zeller



Kapitel im Buch:

Christian Zeller (Hrsg.), 2004. Die globale Enteignungsökonomie, Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster ca. 320 S.

Erscheinen: Ende Februar 2004

Inhalt

Christian Zeller:	Die globale Enteignungsökonomie
Claude Serfati:	Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung
Christian Zeller:	Neuer Kapitalismus, neuer Imperialismus?
Michel Husson:	Der Kapitalismus nach der <i>new economy</i>
Stéphanie Treillet:	Die Unterdrückung der Frauen in der Globalisierung
David Harvey:	Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung
François Chesnais:	Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite
François Chesnais und Claude Serfati:	Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion
Christian Zeller:	Zur gesellschaftlichen Aneignung

1. Die Grenzen des Kapitalismus

Trotz unterschiedlicher Interpretationen und Charakterisierungen der aktuellen Phase des Kapitalismus ist der Autorin und den Autoren dieses Buches gemeinsam, dass sie die Suche nach einem neuen sozialen Kompromiss als unrealistisch erachten. Im Gegenteil, alle Beiträge zeigen mit unterschiedlichen Akzenten die Grenzen des Kapitalismus auf, nicht im Sinne seines baldigen Zusammenbruchs oder seiner bereits feststehenden Überwindung, sondern sie weisen darauf hin, dass im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise aufgrund der wachsenden Destruktivkräfte für die große Mehrheit der Menschheit mittlerweile die „Grenzen des Wohlstandes“ erreicht sind.

Das zentrale Argument von *Husson* ist, dass sich der Kapitalismus durch eine zunehmende Nicht-Entsprechung des Angebots und der sozialen Bedürfnisse auszeichnet. Die Verlagerung der gesellschaftlichen Nachfrage in Richtung Dienstleistungen bewirkt einerseits ein schwächeres Produktivitätswachstum und zugleich aber einen Anreiz für das Kapital, sich die lukrativeren Sektoren dieser teilweise staatlichen Dienstleistungen anzueignen.

Treillet zeigt wie der Kapitalismus im Zuge der Globalisierung die Frauen weltweit in seine Verwertungsmechanismen integriert, oftmals unter äußerst prekären Bedingungen. Gleichzeitig setzen sich neue Ausschlussmechanismen durch, die bis zur Sklaverei reichen. Dieses Zusammenspiel von Einschluss und Ausschluss ist eine wesentliche Komponente der ständigen Neuformierung einer industriellen Reservearmee zur Aneignung billiger Arbeitskraft. Eine wirkliche Emanzipation der Frauen stößt an die Grenzen des Kapitalismus.

Chesnais argumentiert, dass das konzentrierte und mit dem Industriekapital verwobene Finanzkapital sich einen Teil des Mehrwerts aneignet. Die aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten verschärfte Jagd nach Renten lässt den Kapitalismus zu einer internationalen Raubzugsökonomie mutieren. Neben der Akkumulation durch erweiterte Reproduktion und durch Expansion hat sich die Akkumulation durch Enteignung zu einem zentralen Kennzeichen der aktuellen Phase des Kapitalismus entwickelt. Die Enteignung von Kapital, natürlichen Ressourcen und menschlichen Kapazitäten ist zu einem bestimmenden Charakteristikum des Imperialismus geworden.

Um das Problem der Überakkumulation zu zeitlich verlagern und räumlich zu verschieben, schafft der Kapitalismus immer wieder neue *spatio-temporal fixes*, erklärt *Harvey*. Diese raumzeitlichen Mobilisierungen und Fixierungen schaffen aber eben nur zeitweise und räumlich ungleich neue Akkumulationsmöglichkeiten durch die erweiterte Reproduktion, also die Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft. Darum schreitet der Kapitalismus zur Akkumulation durch Enteignung in ihren zahlreichen Formen.

Der hegemoniale Imperialismus der USA stößt zwar ökonomisch an seine Grenzen. Genau aufgrund seiner Hegemonie vermag er aber diese Grenze durch einen ständigen Kapitalimport hinauszuschieben. Dieser Sachverhalt unterstreicht, dass Kapitalexport kein bestimmendes Kennzeichen des Imperialismus mehr ist. Der heutige Imperialismus ist durch eine Kombination von Nettokapitalimport und des damit einhergehenden zugespitzten Rentiercharakters

(USA), Kapitalexport (Europa, Japan) und einer Akkumulation durch Enteignung gekennzeichnet. Die Raubzugsökonomie umfasst nicht zuletzt die Aneignung der „Natur“. Der Kapitalismus wälzt die Konsequenzen seines Funktionierens auf ein äußeres Milieu ab. Das geschieht durch den Raubbau an natürlichen Ressourcen und über geopolitische Dominanz. Dieser Prozess lässt sich auch als Durchsetzung ökologischer *spatio-temporal fixes* interpretieren.

Die imperialistische Dominanz und die kapitalistische Herrschaftsweise insgesamt muss aber militärisch durchgesetzt werden. Gerade weil der Kapitalismus an seine Grenzen stößt hat die Bush-Administration den „Krieg ohne Grenzen“ lanciert, um, wo immer und wann immer das nötig erscheint, die eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen. Aus denselben Gründen streben die imperialistischen Mächte in Europa mit Deutschland und Frankreich nach einer eigenständigen internationalen militärischen Interventionskapazität.

Zusammengefasst zeichnet sich die aktuelle Phase des Kapitalismus also durch eine zunehmende Nicht-Entsprechung der produktiven Kapazitäten mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen, durch eine strukturelle Überakkumulation, eine anhaltende Akkumulation durch Enteignung, die allgemeine Kommodifizierung und eine ständige Neuschaffung einer industriellen Reservearmee aus. Diese Tendenzen gehen mit einer ständigen, hierarchischen Kombination der Integration und des Ausschlusses, der Homogenisierung und Fragmentierung ökonomischer und sozialer Zusammenhänge einher. Das mit den transnationalen Konzernen verflochtene Finanzkapital hat dabei die Steuerung des Akkumulationsprozesses übernommen.

Der Kapitalismus selber ist keineswegs an die Grenze seiner Existenz gestoßen. Aber der gesellschaftliche und ökologische Preis seiner fortgesetzten Existenz wird ständig höher. Um wirklich eine langanhaltende Aufschwungsphase mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten einzuleiten, müssten mehrere Bedingungen erfüllt sein. Die Akkumulationsrate und damit auch die Profitrate müssten stark ansteigen. Das ist aber nur möglich, wenn auch die Märkte für Waren und Dienstleistungen markant wachsen. In den Worten von Husson müsste eine Entsprechung des Angebots mit den Bedürfnissen hergestellt werden. Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, ob es dem Kapital gelingen wird, mit erneuten raumzeitlichen Mobilisierungen und Fixierungen neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Eine fortgesetzte dynamische Entwicklung Chinas könnte vielleicht die Artikulation einer zahlungskräftigen Nachfrage der Mittelschichten dieses Landes hervorrufen und damit auch einen neuen *spatio-temporal fix* ermöglichen. Diese Perspektive bleibt aber äußerst unsicher.

Ohne unverhoffte Öffnungen für das Kapital oder Umbrüche, die seine Herrschaft in Frage stellen, ist der verschärfte Kurs gegen zahlreiche soziale und demokratische Errungenschaften, die im 20. Jahrhundert erkämpft wurden, das wahrscheinlichste Szenario für die kommenden Jahre. Substanzielle Lösungen scheinen weder über neue *spatio-temporal fixes* noch über neue *technical fixes*, also neue technologische Anwendungen, gesichert. Vielmehr konzentriert sich das Kapital weiterhin darauf, die Profitabilität zu steigern. Mit der konstant hohen oder gar steigenden Massenarbeitslosigkeit wird ein permanenter Druck auf die Löhne ausgeübt. Im Zuge der Schwächung der kollektiven Position der Lohnabhängigen steht nach einer langen Phase der Zunahme des relativen Mehrwerts seit einiger Zeit wieder die Steigerung des absoluten Mehrwerts auf der Tagesordnung (Serfati 2003: 204). Dazu dienen die

flexiblen Jahresarbeitszeiten, die Steigerung der Arbeitsintensität und ganz einfach die Verlängerung der Arbeitszeiten. Durch eine massive Kostenreduktion der Rohmaterialien und der Zwischenprodukte wird das zirkulierende Kapital verbilligt. Organisatorische Verbesserungen und technologische Neuerungen helfen, die Umlaufgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals zu steigern. Technologische Umwälzungen beschleunigen die Umlaufgeschwindigkeit des fixen Kapitals und tragen damit zur Steigerung der Profitrate bei. Zugleich unterstreicht die ständige Jagd nach technologischen Innovationen die Bedeutung der Erzielung von Surplus-Profiten. Im Kontext einer finanzdominierten Akkumulation verschwinden dabei die Grenzen zur Abschöpfung von Renten, zu der eine spezifische Machtausstattung und Eigentumsrechte verhelfen. Die theoretische und empirische Analyse dieses Problems wirft allerdings Probleme auf. Die Unschärfen zwischen Profit und Rente bedeuten auch, dass bei Prozessen des Mehrwert- und Ressourcentransfers nicht immer eindeutig zwischen der Abschöpfung von Surplus-Profiten und Renten unterschieden werden kann. Surplus-Profite entstehen im Prozess der erweiterten Reproduktion und können abgeschöpft werden, weil sie nicht in den Ausgleich der Profitrate eingehen, zum Beispiel aufgrund von Monopolen und institutionell abgestützten Produktivitätsfortschritten von Unternehmen in unterschiedlichen Sektoren und Räumen. Renten hingegen können aufgrund von Eigentumstiteln (Bodenrecht, Patente) oder spezifischen Machtverhältnissen, die zu einem exklusiven (monopolistischen) Zugang zu Ressourcen und Mehrwert verhelfen, abgeschöpft werden (Marx 1894: Kap. 10, Kap. 37-47; Mandel 1972: Kap. 3).

Die massive Anwendung neuer Technologien und Innovationen hat widersprüchliche Wirkungen auf die Profitabilität. Einerseits lässt sich so die Arbeitsproduktivität steigern, andererseits wird das konstante Kapital gesteigert. Im Zuge der oligopolistischen Rivalität und des Zentralisationsprozesses kann durch die Eliminierung ineffizienter Firmen allerdings überschüssiges Kapital entwertet werden. Letztlich ist ein derartiges Programm zur Steigerung der Profitabilität aber nur bei einer weitergehenden Erosion des Selbstvertrauens der Lohnabhängigen und weiterer Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung verwirklichtbar.

2. Eine globale Emanzipationsbewegung?

Das Programm des Neoliberalismus besteht darin, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern und die institutionellen Rahmenbedingungen für die Steigerung der Profitabilität herzustellen. Zugleich erfüllt der Neoliberalismus die wichtige Rolle eines Propagandainstruments, um die soziale Kohäsion der Lohnabhängigen zu brechen. Drei Mythen sind mit seiner Dominanz verbunden:

Der erste Mythos versucht die Vorteile der Globalisierung für alle glaubhaft zu machen. Damit ist der zweite Mythos, nämlich der Cyber-Optimismus, also die Hoffnung in die neuen Technologien, verbunden. Der dritte Mythos stellt die Erwerbslosigkeit als Ergebnis des technischen Fortschritts dar, wogegen sie vielmehr ein Mechanismus zur Senkung der Löhne ist. Diese drei Mythen haben den weitverbreiteten Fatalismus gegenüber sozialer Ungleichheit begünstigt.

Die Dominanz des Neoliberalismus ist auch Ergebnis großer Niederlagen der emanzipatorischen Bewegungen und vor allem der ArbeiterInnenbewegung im letzten Vierteljahrhundert. Dazu zählen die Niederlagen der reformistischen und revolutionären Bewegungen in Lateinamerika. Die Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung in Westeuropa namentlich der Minenarbeiter in England, der Gewerkschaften in Italien 1980 und in Frankreich in der Ära Mitterrand. Die Unterdrückung der demokratischen Bewegungen in Osteuropa wie 1968 in der Tschechoslowakei und 1980/81 in Polen durch die bürokratischen Diktatur in der Sowjetunion unter Breschnew trugen maßgeblich dazu bei, dass eine antikapitalistische Alternative ihre Glaubwürdigkeit einbüßte.

Dennoch haben die Erfahrungen mit der neoliberalen Politik im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts die Legitimität der Institutionen der herrschenden Klassen beeinträchtigt. Diese Abnutzung der bürgerlichen Herrschaft, die sich in einer zunehmenden Wahleuthaltung und einem Desinteresse gegenüber öffentlichen Angelegenheiten manifestiert, ist die Konsequenz der sozialen Verwerfungen (Abbau des Sozialstaates), der Globalisierung und der damit einhergehenden oder auch bewusst herbeigeführten Erosion nationalstaatlicher Autoritäten zugunsten internationaler Institutionen oder Organisationen ausserhalb politischer Kontrolle (Unternehmen, Verbände, Lobbystrukturen). Diese Krise der Glaubwürdigkeit hat auch den Neoliberalismus selbst erfasst. Personen wie Jeffrey Sachs, George Soros und Joseph Stiglitz, die selbst zu den Protagonisten der neoliberalen Gegenreformen zählten, haben sich von ihm abgewendet und kritisieren die dominierende Politik offen.

Die vor wenigen Jahren entstandene Bewegung für eine andere Globalisierung hat die Mythen erkannt und teilweise geknackt, aber noch keineswegs die Glaubwürdigkeit des kapitalistischen Systems insgesamt unterminiert. Diese neue internationalistische Bewegung vereinigte sich auf einem recht breiten Themenspektrum (vgl. Bensaïd 2003: 38):

- Die Kontrolle der Kapitalbewegungen: für die einen brächte diese etwas Ordnung in das Chaos der Märkte, die andern sehen hierin erste Schritte einer antikapitalistischen Pädagogik, die zu weiteren Schritten hinführt;
- Die Entschuldung oder konsequenter die Annullierung der Schulden der Dritten Welt;
- Die Unterstützung der Kämpfe für demokratische Rechte und die Verteidigung eines Rechts auf Gesundheit und auf öffentliche Bildung;
- Gewerkschaftliche Mobilisierungen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlassungen;
- Der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste, natürlicher Ressourcen und der Sozialversicherungssysteme;
- Die Mobilisierung gegen die Umweltzerstörungen, namentlich die nukleare Bedrohung und globale Erwärmung;
- Der Widerstand gegen Kriege, gegen die verallgemeinerte Militarisierung und die neue Aufrüstungswelle.

Sehr unterschiedliche Strömungen haben sich zusammengefunden. Reformerische Kräfte wollen die Exzesse des Neoliberalismus korrigieren und mit Hilfe der Nationalstaaten oder durch die Stärkung von Nicht-Regierungsorganisationen die internationalen Institutionen demokratisieren. Protektionistische oder nationalistische Strömungen schlagen die Verstärkung nationalstaatlicher Regulierungen zum Schutze der nationalen Wirtschaft vor. Wobei allerdings zu unterscheiden ist zwischen dem Protektionismus der dominierenden Staaten und dem berechtigten Widerstand gegen die Dollarisierung der Ökonomien wie beispielsweise in Südamerika. Eine dritte Richtung umfasst die Strömungen, welche die auf Profit und Konkurrenz basierende Logik des Systems in Frage stellen und eine internationalistische und antikapitalistische Perspektive vorschlagen.

Derartige weitergehende Perspektiven zeigen sich aber erst in Umrissen. Ein emanzipatorischer Gegenentwurf zum neoliberalen entfesselten Kapitalismus und zum sozialliberal-grünen Begleitprogramm fehlt. Die Wiederaufgabe eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates ist ebenso unrealistisch wie jede Bezugnahme auf eine bürokratische Kommandowirtschaft unglaublich ist. Weder der sozialdemokratische Modernismus noch die Organisationen und Konzepte, die in der Tradition der staatsbürokratischen Diktaturen und ihrer internationalen Ableger stehen, können in irgendeiner Weise konzeptionelle Bezugspunkte zur Entwicklung einer emanzipatorischen Alternative sein. Eine historische Phase der ArbeiterInnenbewegung ist im Laufe der 1980er Jahre ausgeklungen. Die mit dieser Phase verbundenen Organisationen haben sich entweder in Organisationen der Herrschaft transformiert oder verharren in einer tiefen politischen Krise. In vielen Ländern lässt sich ein langwieriger und konfliktreicher Prozess der Neuzusammensetzung und Neuausrichtung der ArbeiterInnenbewegung respektive einer pluralen Bewegung der Lohnabhängigen beobachten. Hierbei befruchten sich gewerkschaftliche Neuansätze mit anderen radikalen, sozialen Bewegungen. Die Trennung in gewerkschaftliche und soziale oder politische Bewegungen macht keinen Sinn mehr. Alle aktuellen Auseinandersetzungen über Arbeitsbedingungen, Privatisierungen, Sozialversicherungen und Umweltprobleme sind gewerkschaftlich, gesellschaftlich und politisch zugleich.

Die zentrale strategische Herausforderung besteht darin, Vorschläge zu entwickeln, die nicht nur am Diskussionsstand der Bewegungen, sondern am Bewusstsein großer Teile der Lohnabhängigen ansetzen, und gleichzeitig eine weitergehende, emanzipatorische und antikapitalistische Dynamik eröffnen können. Die Privatisierungen im Gesundheitswesen verdeutlichen die Tragweite des Problems. „*Gesundheit ist keine Ware*“ sagt das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Aber wie sieht ein soziales Gesundheitswesen aus, in dem die Gesundheitsdienstleistungen tatsächlich nicht mehr warenförmig sind? Und die Dienstleistungen der Krankenversicherung: Sollen sie auch keine Ware mehr sein? Und die Medikamente: Wie sollen auch sie keine Ware mehr sein? Wer kontrolliert die Pharmaindustrie? Privatisierungen sind kaum mit einer Verteidigung der obrigkeitstaatlichen Kontrolle zu verhindern. Aber welche Vorschläge zielen in die Richtung einer sozialen und demokratischen Aneignung der öffentlichen Dienste und anderer Schlüsselsektoren durch die Beschäftigten und die BenutzerInnen? Diese Fragen konsequent gedacht führen uns zur Herausforderung, die Frage des Eigentums grundsätzlich neu aufzuwerfen.

3. Die Welt ist keine Ware – aber wem gehört die Welt?

Zunächst ist ein ideologischer Nebel zu lüften, der die klare Sicht verdeckt. Privateigentum gehört zu den Pfeilern des Kapitalismus. Allerdings sind zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Eigentum zu unterscheiden. Denn das Eigentum an Konsumgütern, die wir verbrauchen, und das Eigentum an Produktionsmitteln, die eingesetzt werden, um mit menschlicher Arbeit neue Werte zu erzeugen, drücken zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte aus. Noch wichtiger ist der Unterschied zwischen dem Eigentum an einem Gut, das Ergebnis der persönlichen Arbeit ist, und der Aneignung von Gütern durch Unternehmen, die im Rahmen des Produktionsprozesses von vielen Lohnabhängigen durch gemeinsame Arbeit hergestellt wurden (Bihr und Chesnais 2003).

Infolge der starken Arbeitsteilung und der intensiven Kooperation von Lohnabhängigen, die am selben oder auch an verschiedenen Orten arbeiten, sind mittlerweile alle denkbaren Güter vom Brot bis zum Medikament, von der Musikanlage bis zur Versicherungspolice Ergebnis eines kollektiven und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, der sich aus unzähligen kleinen Arbeitsschritten zusammensetzt, die sich über den Globus und eine lange Zeitdauer erstrecken. Mit diesem Prozess wächst jener Teil der Arbeit, die in den Maschinen, Geräten und Vorprodukten materialisiert ist, im Verhältnis zur lebendigen Arbeit, die durch Löhne und Sozialbeiträge bezahlt wird. Der Kapitalismus und die Globalisierung haben die Vergesellschaftung der Arbeit also stark vorangetrieben.

Der technologische Fortschritt erhöht den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zusätzlich und zwar in einem doppelten Sinne: erstens ermöglichen Informations- und Kommunikationstechnologien eine noch feingliedrigere Arbeitsteilung auch über große Distanzen hinweg; zweitens erfolgen die Innovationsprozesse in vielen Hochtechnologienbereichen selbst sehr arbeitsteilig und kollektiv. In wissensintensiven Sektoren tätige Konzerne versuchen darum, über organisatorische Maßnahmen diese Innovationsprozesse zu fördern und sich deren Ergebnisse zu erschließen. Doch zwischen der Mobilisierung der subjektiven Fähigkeiten der Menschen und ihrer Unterordnung unter die kalte Logik der Märkte tut sich ein grundsätzlicher Widerspruch auf (Veltz 2000: 202-3). Dieser Widerspruch ist umso schwerwiegender als die weltweite oligopolistische Konkurrenz und die industriellen Strategien unaufhörlich die Erneuerung der Produkte und der Verfahren verlangen, so dass die Fähigkeit zum individuellen und kollektiven Lernen ein zentrales Element der Effizienz wird. Die Flexibilisierungs- und Outsourcing-Strategien sowie die durch individuelle Entlohnungs- und Belohnungssysteme verschärfte Konkurrenz zwischen den Beschäftigten wirken dieser Anforderung aber entgegen und begünstigen opportunistisches Verhalten. Zugleich versuchen Unternehmen in wissensintensiven Sektoren die Bedürfnisse der Kooperation und des kollektiven Lernens mit den Erfordernissen der schnellen Rentabilität zu verbinden (Chesnais 2003: 175). Die Einrichtung von Projektteams, die auch geographisch getrennte Angestellte in einen gemeinsamen Arbeitskontext bringen, soll die Kooperationsmöglichkeiten und -bereitschaft der Angestellten fördern und zugleich die Prozessabläufe massiv beschleunigen (Zeller 2002).

Genau weil der gesellschaftliche Charakter der Arbeit und der Innovationsprozesse zunimmt, unternimmt das Kapital große Anstrengungen sich die Früchte dieser Prozesse über die Ausdehnung der intellektuellen Eigentumsrechte anzueignen. Die gesellschaftliche Arbeit wird durch das Kapital wieder in das Korsett des Privateigentums eingepfercht. Die Ergebnisse einer immensen Anhäufung von Arbeitsschritten werden letztlich durch wenige Individuen und soziale Gruppen angeeignet. Wenn ein Pharmakonzern einen Wirkstoff oder eine Technologie patentiert, eignet er sich wissenschaftliche Kenntnisse an, die gesellschaftlich produziert und öffentlich mitfinanziert wurden. Das Patent ist immer Ergebnis einer langen Akkumulation von Wissen und Erfahrungen, die unabhängig vom patentierenden Unternehmen produziert wurden. Mit der Patentierung enteignet das Unternehmen letztlich die Forscherinnen und Forscher, die in verschiedenen Laboratorien und Ländern zum Wissen beigetragen haben, und die Staaten, die sie finanzieren. Das Patent erlaubt es den oligopolistischen Konzernen das privatisierte gesellschaftliche Wissen zur Erzielung von Renten und zu einem Instrument der gesellschaftlichen Herrschaft zu transformieren. Die private Aneignung von wissenschaftlichem Wissen sowie des gemeinsamen menschlichen Erbes der biologischen Produktion und Reproduktion und der Biodiversität sind daher von großem Interesse für das Kapital. Die Patentierung von Leben ist aber noch weniger legitim als die Patentierung von Substanzen, Technologien und Prozessen.

Der gesellschaftliche Charakter von Innovationsprozessen zeigt sich offensichtlich in sogenannten Hochtechnologieeregionen. Die enge Zusammenarbeit, der informelle Austausch zwischen den Akteuren und die Bildung gemeinsamer Perzeptionen, dass heisst, die Entstehung sozialer Zusammenhänge und eines mit diesen verbundenen sozialen Kapitals begünstigt innovative Prozesse (Lundvall 1992). Diese Beziehungen und nicht gehandelten Interdependenzen (Storper 1997: 38) funktionieren nur, weil sie eben keinen warenförmigen Charakter haben. Das auf diese Weise entstandene kollektive Wissen bildet eine Art von Gemeingütern oder *commons* (Jessop 2003: 106). Weil die innovativen Beziehungen an die örtlichen sozialen Kontexte gebunden sind, weben sich Konzerne, die an dieser Wissensproduktion interessiert sind, in diese regionalen Innovationsarenen ein. Die Konzerne machen das erworbene und produzierte Wissen konzernintern den zuständigen Abteilungen zugänglich. Zugleich kodifizieren und zäunen sie dieses Wissen mit Patenten ein. Nur so können sie es im Konkurrenzkampf verwerten (Sölvell und Zander 1998; Zeller 2004). Auch die Staaten fördern die Umwandlung des Wissens zur Ware über entsprechende Gesetzgebungen und vor allem über die zunehmende Durchdringung des Bildungssektors mit öffentlich-privaten Partnerschaften.

Zur vom Kapital seit Beginn der neokonservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren betriebenen Ausdehnung der Sphäre des Privateigentums zählt auch der erhöhte Druck, den das dominierende Finanzkapital ausübt, um die sozialisierten Formen des Lohns zu reduzieren. Dazu zählen namentlich die Umformung der Altersvorsorgesysteme in kapitalgedeckte Pensionsfonds, die steuerliche Begünstigung der privaten kapitalgedeckten Pensionskassen sowie die Verschlechterungen bei den Krankenversicherungen und im Bildungswesen. Die privaten Versicherungen trachten gleichsam danach, sich einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums anzueignen, der bislang gesellschaftlich umverteilt wurde. Auf internationaler

Ebene dient das GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der WTO (World Trade Organisation) dazu, ganze Gesellschaften ihrer öffentlichen Dienste, besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen, zu berauben und sie in Waren zu verwandeln.

Das Kapital versucht, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt werden. Voraussetzung dieser Umformung ist aber die Durchsetzung spezifischer Eigentumsrechte. Die Beiträge in diesem Buch zeigen auf unterschiedliche Weise, dass die Enteignungsvorgänge durch das Kapital ein wichtiger Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise sind.

Die herrschenden Klassen nehmen die Eigentumsfrage also sehr ernst. Ganz im Gegensatz dazu ist die Frage des Eigentums ein Tabu bei den Gewerkschaften. Auch die Bewegungen für eine andere Globalisierung haben bislang kaum über diese so entscheidende Frage diskutiert. Die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sollten die Eigentumsfrage ebenso ernst nehmen wie die Konzernleitungen und ihre politischen Unterstützer. Die Formulierung einer emanzipatorischen Perspektive besteht aus mindestens drei Elementen: Der Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *Bruch* zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* von Ressourcen. Ich stütze mich hier teilweise auf eine Diskussion, die in Frankreich bereits durch zahlreiche, sowohl eher staatlich orientierte als auch libertäre Beiträge bereichert wurde (u.a. Salesse 2001; Andréani, et al. 2002; Coutrot 2002).

Gesellschaftliche Aneignung statt private Enteignung

Selbstverständlich gibt es zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung. Ausgangspunkte sind meist konkrete politische Auseinandersetzungen beispielsweise über Privatisierungen, Arbeitsbedingungen, Umweltzerstörungen. In diesem Sinne ist der Widerstand gegen die internationalen Organisationen des Kapitals wie G-8, IWF und Weltbank mit einer politischen Perspektive vor Ort in den täglichen Auseinandersetzungen zu verknüpfen.

Die Perspektive einer gesellschaftlichen Aneignung kann zum Beispiel am Widerstand gegen Privatisierungen ansetzen. Privatisierungen werden oftmals mit dem Argument einer gesteigerten Effizienz begründet. Diese betriebswirtschaftliche Effizienz steht in der Regel aber in direktem Widerspruch zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die herkömmliche, rein betriebswirtschaftlich orientierte Idee der Effizienz führt dazu, dass ein breites öffentliches Angebot reduziert wird. Hingegen nimmt das Angebot an Spezialdiensten zu, die zwar einen hohen Qualitätsstandard aufweisen, aber nur von Leuten mit großer Kaufkraft beansprucht werden können.

Demgegenüber ist eine Effizienz auszuarbeiten, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Die Herausforderung be-

steht darin, Methoden zu entwickeln, die eine demokratische Gestaltung und Planung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Produktion ermöglichen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die NutzerInnen wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung.

Öffentliche Dienstleistungen, die allgemein zugänglich sind und Gratiseinrichtungen basieren auf einem Verständnis von „gleichen Rechten für alle“. Diese Idee steht im Zentrum einer solidarischen Konzeption der öffentlichen Dienste. Öffentliche Dienste können Ansätze einer Alternative zu den Bereicherungsmechanismen des Marktes darstellen. Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat. Die öffentlichen Dienste weiterentwickeln heißt:

- Die Lohnabhängigen sind in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das erleichtert die Bewertung der Arbeit, weil andere Bewertungskriterien angewendet werden als diejenigen der traditionellen „Unternehmenskultur“.
- Hierarchische Strukturen sollen abgebaut werden. Denn sie haben nur den Sinn, das Personal ohne Eigenverantwortung zu kontrollieren und die bürokratischen Administrationsmechanismen zu erhalten, anstatt die Qualität der zu leistenden Dienste zu gewährleisten.
- Ein echter Dialog zwischen BenutzerInnen/BürgerInnen - die bis jetzt nur als passive KonsumentInnen wahrgenommen worden sind - und Personal soll entwickelt werden. Dadurch können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Weit davon entfernt, die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, ist vielmehr die Sozialisierung des Staates und der gesamten Wirtschaft anzustreben. Das heißt, die BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. In diesem Sinne ist ein grundsätzlicher Widerstand gegen die Privatisierung der Krankenhäuser, der Altersvorsorge, der Krankenversicherungen, der öffentlichen Verkehrs und anderer Teile der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzung für die Formulierung kohärenter Alternativen.

Die Privatisierung der Altersvorsorge stellt eine qualitativ besondere Herausforderung dar. Mit dem Schritt von der Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung und der Einführung privater Pensionsfonds werden Lohnabhängige systematisch gegeneinander gestellt. Damit erhalten Lohnabhängige, die in einen Fonds einbezahlt haben, ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung anderer Lohnabhängiger, die unter Umständen im selben Land oder in einem anderen Land leben. Die Lohnabhängigen spalten ihr Interesse in das des Aktionärs, der eine gute Rente will, und in das des Lohnabhängigen, der einen guten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und eine sinnvolle Arbeit will. Diese Ziele schließen sich unter den Bedingungen der privaten Profitmaximierung und der Konkurrenz aber gegenseitig aus. Eine vereinheitlichte Rentenkasse auf der Basis eines Umlageverfahrens mit einer breiten Bemessungsgrundlage und progressiven gestaffelten Beiträgen bietet die sicherste Finanzierungsgrundlage um dem Bedürfnis nach einem würdigen Lebensabend für alle Mitglieder der Gesellschaft nachzukommen.

Angesichts der starken Mobilität der Lohnabhängigen sind die Systeme auf europäischer Ebene zu harmonisieren, so dass eine vollständige Freizügigkeit und Stellenwechsel ohne finanzielle Verluste möglich werden.

Jede Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung stellt die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse in den Mittelpunkt. Eine neue, solidarische Konzeption der öffentlichen Dienste ist mit einer Politik zur Umverteilung der Arbeit zu verknüpfen. Im Rahmen einer Neuorganisation öffentlicher Dienste stellt sich die Frage, wo zusätzliche Arbeit dringend nötig ist. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft, hauptsächlich bei der Bildung und im Sozialwesen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit ist die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung verbunden. Es sind Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar auch die Frage nach der Neuorganisierung der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Eigentum und Demokratie

Die gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Dienste sowie die Neugestaltung der Arbeit und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden treffen in den Kern der Eigentumsfrage. Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben. Die radikale Demokratisierung, ein globales Bürgerrecht und die soziale Aneignung von Dienstleistungen und Produktionsprozessen sind zentrale Bausteine zur Konzipierung einer gesellschaftlichen Alternative.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, sich gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Grundsätzlich schneidet jeder Streik bereits die Frage nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an. Die Streikenden bauen eine Vetomacht hinsichtlich des Einsatzes der Produktionsmittel auf. Die Betriebsbesetzungen in Argentinien seit 2002 zeigen, dass die kollektive Aneignung und Ansätze der Selbstverwaltung weiter getrieben werden können.

Letztlich sind die Entscheide über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen aber Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Ein Instrument hierzu könnte die Schaffung von Konzessionen sein, die lokal, national und kontinental von der betroffenen Bevölkerung diskutiert und in Abstimmungen auf den angemessenen Maßstabsebenen beschlossen werden. Die Unternehmen müssen sich an diese Konzessionen halten. So könnte zum Beispiel der Pharmaindustrie die Bedingung auferlegt werden, Medikamente für eine weltweite kostenlose Grundversorgung zu produzieren. Ähnliche Verfahren sind auf europäischer und internationaler Ebene für alle großen Sektoren der Wirtschaft denkbar. Die Diskussion dieser Konzessionen erfordert die ständige Mobilisierung von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. Im Rahmen der Formulierung dieser Konzessionen können auch die Bedürfnisse er-

mittelt und ausgetauscht werden. Es kann darüber diskutiert werden, welche Ressourcen zur Befriedigung welcher Bedürfnisse prioritär bereitgestellt werden.

Ein weiterer Schritt bestünde in der gesellschaftlichen Aneignung der Investitionen. Bislang obliegt es den Unternehmenseigentümern, die Investitionsentscheide zu treffen. Diesen Entscheiden liegen in der Regel nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse oder der demokratische Wille, sondern die Profiterwartungen zu Grunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend individueller Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheiden einer Gesellschaft erfolgt. Die Demokratisierung dieser Entscheidungsprozesse setzt eine Kombination von direktdemokratischen Mechanismen sowie klassischen und neuartigen Institutionen der repräsentativen Demokratie voraus.

Grundsätzlich stützt sich eine emanzipatorische Perspektive auf die Position, dass die Reichtümer des Planeten der gesamten Menschheit gehören. Um deren Nutzung zu organisieren, können spezifische, an bestimmte Bedingungen geknüpfte Nutzungsrechte geschaffen werden. Diese Bedingungen sind von der betroffenen Bevölkerung zu diskutieren und entscheiden. Diese Konzessionen und die gesellschaftliche Aneignung der Investitionsentscheide stellen die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch nicht total in Frage, aber sie unterwerfen den Einsatz der Produktionsmittel einer gesellschaftlichen Diskussion und demokratischen Entscheidungsfindung über die gewünschten Prioritäten der Gesellschaft. Diese Schritte können die Umriss einer sozialisierten Ökonomie andeuten.

Die gesellschaftliche Aneignung technologischen Wissens und die demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungspfade stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Auseinandersetzungen über die Kernenergie, die Biotechnologien und die Zugänglichkeit des Internets sowie über die Ausdehnung intellektueller Eigentumsrechte haben die Sensibilität gegenüber dem Herrschaftscharakter von Technologien geschärft. Selten werden diese Diskussionen aber im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Aneignung technologischer Entwicklungspfade geführt. Die demokratische Gestaltbarkeit technologischer Entwicklungen hängt direkt mit der demokratischen Souveränität über die Investitionen zusammen. Die Gewerkschaften sind diesen Fragen gegenüber immer noch nahezu blind. Würde der Gebrauchswert von Industriezweigen und von Technologien in den Mittelpunkt gerückt, stünde man schnell auch vor der Frage, wie eine Konversion nicht-erwünschter Produktionsbereiche in die Wege geleitet werden könnte. Viele Tätigkeiten – zu allererst die Rüstungsindustrie – sind schädlich oder nutzlos, andere können zusammengefasst oder völlig neu organisiert werden. Letztlich können Alternativen nicht rein theoretisch formuliert werden, vielmehr entwickeln sie sich dynamisch im Zusammenspiel von Bewegungen, Kämpfen und der Ausarbeitung neuer Konzepte.

Noch bis in die 1970er Jahre konnten die Kämpfe für soziale und demokratische Rechte im nationalstaatlichen Rahmen geführt werden. Im Zuge der fortschreitenden globalen Verflechtungen ist das nicht mehr möglich (Hirsch 2002: 190ff). Jede emanzipatorische Perspektive muss sich mit dem Problem der Maßstäbe auseinandersetzen. Da große Konzerne global agieren, die Arbeitsteilung international strukturiert ist und die Mobilität der Lohnabhängigen in

Europa stark angestiegen ist, sind Alternativen transnational, mindestens auf europäischer Ebene zu formulieren. Welche Bahnen, welche Automobilindustrie, Pharmaindustrie und welche Sozialversicherungen wollen wir in Europa? Wer kontrolliert die internationalen Glasfasernetze für das Internet? Wie lassen sich die globalen und europäischen mit den nationalen und regionalen Strukturen verschränken?

Je nach Sachlage, konkreten Bedingungen und sozialen Kräften ist die Erstellung von Dienstleistungen und die Produktion von Gütern im öffentlichen Interesse besser auf regionaler, nationaler, übernationaler, kontinentaler oder gar globaler Ebene zu organisieren. Die Organisation des öffentlichen Verkehrs und der Eisenbahnen mag als Beispiel dafür dienen, einige Schlüsselfragen aufzuwerfen, die sich auch bei vielen anderen Industrie- und Dienstleistungssektoren stellen: Der öffentliche Personennahverkehr ist in den meisten Fällen regional abzustützen und zu organisieren. Der Verkehr zwischen den urbanen Zentren Europas ist jedoch national und europäisch zu organisieren. Die Infrastruktur und die Transportmittel können den Staaten, Regionen, Städten oder einer Vereinigung derselben gehören. Die Organisation des Angebots wird von Selbstverwaltungsstrukturen der Beschäftigten, Verbänden der NutzerInnen und gewählten politischen Instanzen angeleitet und beaufsichtigt. Im Zuge einer demokratischen Diskussion wird ermittelt, welche Bedürfnisse vorliegen, welche prioritär bedient werden und welche Ressourcen zur Leistungserstellung eingesetzt werden.

Das Beispiel zeigt auch, dass das öffentliche Eigentum in anderen Maßstäben organisiert werden kann als die unmittelbare Organisation der Angebote und Dienste. Öffentliches Eigentum muss keineswegs gleichbedeutend mit Nationalisierung sein, vielmehr sind alle Formen zwischen Kooperativen, Munizipaleigentum und einer neuen öffentlichen Eigentumsform auf europäischer Ebene denkbar. Eine europäische oder gar globale Perspektive ist nicht die Addition der nationalen Projekte, sondern eine eigentliche transnationale Synthese eines emanzipatorischen Projekts.

Die Probleme der gesellschaftlichen Demokratie und Planung

Im Laufe von Kämpfen haben sich Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, Italien 1969 und neulich in Argentinien). Manchmal schlossen sich derartige alternative Machtstrukturen sogar zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht zusammen (Polen 1980/81).

Das Konzept einer rein betrieblichen Selbstverwaltung wäre zu beschränkt, denn die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und auch der Dienstleistungsproduktion kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen, sind eine ganze Reihe weiterer Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die KonsumentInnen und EinwohnerInnen des betroffenen Territoriums in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Konzerns oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und bestimmen.

Dabei muss insbesondere der Gefahr der Persistenz alter oder der Entstehung neuer Technokratien vorgebeugt werden. Das zentrale Problem ist zweifellos die Zugänglichkeit zu Informationen und Kompetenzen. Wie kann die bestmögliche Information der beteiligten sozialen Kräfte, Organisationen und Individuen gewährleistet werden?

Damit sind wir beim Problem der Planung. Die Erfahrungen der bürokratischen Kommandowirtschaften haben die zentrale volkswirtschaftliche Planung grundlegend diskreditiert. Auch die dezentraleren Formen der betriebswirtschaftlichen Selbstverwaltung mit einer relativen Autonomie der Unternehmen in Jugoslawien boten keine emanzipatorische Perspektive. Droht jede Form volkswirtschaftlicher Planung und Koordination jenseits des Marktes unweigerlich einen gigantischen, bürokratischen Apparat zu verursachen? Die Antwort hierauf ist nicht eindeutig, jedoch gibt es Anhaltspunkte, die uns der Kapitalismus und die Geschichte der sozialen Bewegungen laufend liefern, dass es auch demokratische und ressourcensparende Formen der Planung geben könnte.

Zumindest auf der Unternehmens- und Konzernebene zeigen uns große Konzerne durchaus Elemente einer sinnvollen Planung. Multinationale Konzerne versuchen, Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsabläufen, Mittelbeschaffungen, Ressourcenzuteilungen und Outputplanung in einem transnationalen Kontext zu vereinen. Transnationale Projektteams, die sich regelmäßig treffen, organisieren Forschungs- und Innovationsprozesse auf transnationaler Ebene. Zugleich pervertieren die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Bestreben der Profitmaximierung. Dazu gehört auch, dass der Einbezug der Beschäftigten in Planungsprozesse vor allem dazu dient, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität anzueignen. Angeblich partizipative Managementkonzepte betreiben letztlich die Entfremdung der Beschäftigten von ihren Produkten, Arbeitsgeräten und Verfahren auf einer ausgeklügelteren Ebene. Auch dieses Beispiel zeigt, Demokratie hat sich mit dem Problem der Maßstäbe und der Vernetzung von Entscheidungsträgern über große Distanzen auseinanderzusetzen.

Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: ersten der Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entschiede umzusetzen sind. Eine ungelöste Frage ist natürlich wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen nationalen und transnationalen Planung mit den Planungen in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen, ohne einen überdimensionierten bürokratischen Apparat zu schaffen. Die Einrichtung einer gewählten öffentlichen Instanz für Wirtschaftsregulierung könnte dazu dienen, einerseits die Bedürfnisermittlung zu leiten und andererseits die Grundzüge der Ressourcenzuteilung beschließen. Diese Versammlung für Wirtschaftsregulierung könnte beispielsweise auch die Grundzüge des oben genannten Lizenzwesens gestalten und den jeweiligen Bedingungen anpassen.

Die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung geht trotz einiger Ähnlichkeiten über das Konzept des „radikalen Reformismus“ hinaus (Hirsch 1990: 144 ff, 176ff; Esser, et al. 1994: 226ff; Hirsch 2002: 190ff; Brand 2003: 221). Selbstverständlich können „emanzipatorische

gesellschaftliche Veränderungen weder herbeikommandiert noch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden“. Menschen können nicht mittels Zwang und Herrschaft befreit werden (Hirsch 1990: 145; 2002: 202). Daher sind sowohl der klassische sozialdemokratische Reformismus als auch „radikalere“ Formen der Übernahme der Staatsgewalt in ihrer Staatsfixierung historisch gescheitert. Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratisch gesellschaftliche Kontrolle. Tatsächlich wäre ein Rückfall „in traditionelle staatsreformistische Politikformen“ fatal, „die sich in einer Politik der Massenmobilisierung erschöpfen, um Druck auf Staaten, Regierungen und internationale Organisationen auszuüben, ohne zugleich eine eigenständige gesellschaftsverändernde Praxis zu entwickeln“ (Hirsch 2002: 214).

In drei wesentlichen Aspekten greift der „radikale Reformismus“ aber zu kurz. Die Vertreter des radikalen Reformismus verleihen den *Eigentumsverhältnissen* nicht die ihnen gebührende Bedeutung. Aus der Ablehnung einer herkömmlichen Verstaatlichung und Machtübernahme leitet Hirsch (1990: 181) ab, dass es für eine längere Phase nur noch darum gehen könne, die politischen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so zu entwickeln, dass der Kapitalismus auf einen zivilisierteren, humaneren und demokratischeren Entwicklungspfad gezwungen wird. Seine These ist, dass der Kapitalismus nachhaltig verändert werden könne, wenn es gelinge, die Produktions-, Investitions- und Marktprozesse einer funktionierenden öffentlichen und demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Das sei weniger eine Frage der formalen Eigentumsverhältnisse, sondern der sozialen und politischen Machtstrukturen. Eine administrative Verstaatlichung von Produktionsmitteln zielt in die falsche Richtung, zugleich können aber privatkapitalistische Investitionsentscheidungen oder Technologiestrategien eben nicht unabhängig von einer zumindest perspektivischen gesellschaftlichen Aneignung öffentlich kontrolliert und beeinflusst werden.

Die Herstellung einer internationalen Produktionsöffentlichkeit, konkret also die Beschaffung und Verbreitung von Informationen über Forschungsaktivitäten, Technologie- und Investitionsstrategien, über Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor allem der transnationalen Konzerne, ist ein wesentlicher Bestandteil einer „Politisierung der Ökonomie“ und des Aufbaus einer zivilgesellschaftlichen Vetomacht (vgl. Hirsch 1990: 186; 2002: 205). Angesichts des Internationalisierungsgrades und der fortgeschrittenen Arbeitsteilung weist die Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung aber darüber hinaus. Die Frage, wie die Beschäftigten, die VerbraucherInnen und die BewohnerInnen betroffener Gebiete sich der Produktion buchstäblich bemächtigen und sie sich aneignen können, bleibt zentral.

Damit sind wir beim zweiten Problem: der *Machtfrage*. Unter dem Eindruck des Desasters der staats- und parteibürokratischen Diktaturen begnügt sich der radikale Reformismus mit der Perspektive einer breiten gesellschaftlichen Vetomacht. In Anlehnung an die Regulationstheorie argumentiert Hirsch, es könne auf mittlere Sicht zunächst nur darum gehen, das Kapital zu einem dauerhaften „sozialverträglichen“ Arrangement mit demokratischen gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen zu zwingen und um die Schaffung von demokratischen Strukturen, die von Parteien und Staat unabhängig sind (Hirsch 1990: 189). Zur gesellschaftlichen Aneignung von Investitionsentscheidungen genügt die Mobilisierung der Zivilgesellschaft

nicht. Die Ausweitung der Demokratie in die ökonomische Sphäre ist mit neuen Strukturen der Gegenmacht und Selbstverwaltung verbunden, die eine alternative ökonomische Orientierung konzipieren und auch durchsetzen. Hierbei drängt es sich auf, die betrieblichen und territorialen Strukturen der Selbstverwaltung, also neuer Formen der repräsentativen Demokratie, zu verknüpfen mit den bestehenden Formen bürgerlich parlamentarischer Demokratie sowie mit Initiativ-, Referendums- und obligatorischen Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen wird automatisch auch eine Form neuer Staatlichkeit generiert.

Die dritte Unklarheit betrifft die *Subjekte* der Veränderung. Aus der Krise der traditionellen Arbeiterbewegung und dem Aufstieg neuer sozialer Bewegungen schlussfolgert Hirsch (1990: 145ff; 2002: 199, 203) richtigerweise, dass kein gesellschaftsveränderndes Subjekt naturwüchsig entstehe. Tatsächlich bedarf es einer bewussten „politischen Selbstkonstitution“ mit „einer eigenen politisch-sozialen Infrastruktur“, also neuen politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, einschließlich neuer Parteien. Dennoch ist festzuhalten, dass nur die Lohnabhängigen in ihrer Kollektivität und zwar als ProduzentInnen und KonsumentInnen potentiell dazu in der Lage sind, sich die Investitionen, die Produktion und die Innovationsprozesse anzueignen. Hirsch weist selber darauf hin, dass Arbeitskämpfe an die Schranken des Lohnarbeitsverhältnisses stoßen und zum Eingriff in die kapitalistischen Eigentums- und Verfügungsrechte führen können. Die in verschiedenen Ländern wie beispielsweise in Frankreich, Italien, USA und Argentinien seit den 1990er Jahren stattfindenden Neuzusammensetzungs- und Neuformierungsprozesse von Bewegungen der Lohnabhängigen und für eine andere Globalisierung deuten darauf hin, dass diese politische Selbstkonstitution durchaus in die Entstehung neuer Subjekte der gesellschaftlichen Transformation münden können. Damit ist die Perspektive eines neuen politischen und sozialen Bürgerrechts (französisch: *citoyenneté*) verbunden. Die Selbstformierung eines kollektiven, gesellschaftstransformierenden Subjekts geht mit der Erkämpfung eines umfassenden Bürgerrechts einher, das die gleichen individuellen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte für alle in einem bestimmten Territorium lebenden Menschen beinhaltet.

Zudem sind dem „radikalen Reformismus“ die ökonomischen und politischen Voraussetzungen abhanden gekommen. Einerseits besteht der ökonomische Spielraum für ein „anderes Gesicht des Kapitalismus“ (Hirsch 2002: 199) mit einer längeren Phase des sozialen Ausgleichs und der demokratischen Zurückdrängung des Staates nicht mehr und andererseits unterscheidet sich das Kräfteverhältnis, das notwendig wäre, um eine derartige radikale Reformpolitik durchzusetzen sich kaum vom Kräfteverhältnis, das einen Prozess der gesellschaftlichen Aneignung der Ressourcen, der Arbeit und ihrer Früchte erlauben würde (siehe hierzu die Beiträge von Husson, Chesnais und Zeller in diesem Band).

Im Zusammenhang der mangelnden politischen Voraussetzungen ist der Begriff des Reformismus selbst zu klären, da sich der klassische sozialdemokratische Reformismus zu einem reformerischen Modernismus transformiert hat. Die klassische Sozialdemokratie setzte sich für eine Überwindung des Kapitalismus durch Reformen ein. Dieser klassische Reformismus stützte sich auf die Klasse der Lohnabhängigen und im Zuge einer kontinuierlichen Akkumu-

lation von Kräften strebte er einen Übergang zu einer nachkapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft an. Diese Perspektive hat nicht funktioniert und wurde bereits mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 aufgegeben.

Schließlich haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sozialdemokratie jene Kräfte durchgesetzt, die versuchen den Kapitalismus mit einer strukturellen Korrektur über Staatseingriffe und tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital den Kapitalismus zu bändigen. Diese Orientierung stützte sich auf das „Goldene Zeitalter“ mit der langen Aufschwungsphase bis in die 1970er Jahre hinein und auf ein spezifisches politisches Kräfteverhältnis. In gewissen Ländern wie Frankreich und Großbritannien wurden teilweise Nationalisierungen gewisser Industriebereiche vorangetrieben und ein Instrumentarium von regulierenden Staatseingriffen zur sozialen Umverteilung geschaffen.

Durch die Krise und die bescheidenen Wachstumsraten seit den siebziger Jahren, die neokonservative Offensive und die starke Zunahme internationaler Verflechtungen verengte sich der Spielraum für diese Politik. Dieser neuerliche Misserfolg und vor allem ein allmählicher Wandel der sozialen Basis der sozialdemokratischen Parteien bot die Grundlage für den Sozialliberalismus. Die führenden Kreise der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sind weitgehend in die ökonomische und politische Verwaltung des Kapitalismus integriert. Ihre Treue wird mit beträchtlichen materiellen und sozialen Privilegien und Leitungspositionen entschädigt. Es stellt sich die Frage inwiefern das sozialliberale Führungspersonal sich in einem relevanten Ausmaß von der historischen sozialen Basis der klassischen Sozialdemokratie entfernt hat. Der rasante Mitgliederschwund und die wachsende Wahlabstinenz früher sozialdemokratisch wählender Lohnabhängigen in vielen Ländern Europas deuten darauf hin. Die Sozialdemokratischen Parteien praktizieren weitgehend eine Variante bürgerlicher Herrschaftspolitik, vergleichbar mit jener der demokratischen Partei in den USA, die ihre Verbindungen zu einem Teil der Gewerkschaften weiterhin aufrechterhält. Die Sozialistische Partei in Frankreich hat beispielsweise nur einige zehntausend Mitglieder, zu einem beträchtlichen Teil Kader in öffentlichen und privatisierten Betrieben. In der Schweiz setzt sich wichtiges Führungspersonal von Swisscom, der Post und der Bahn weitgehend aus solchen mutierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammen. Die heutige Sozialdemokratie – die SPD und *New Labour* sind nur die deutlichsten Beispiele – will eine gute Verwalterin der kapitalistischen Geschäftsordnung mit all den Konsequenzen, die aus der verschärften internationalen Konkurrenz, der langen Phase schwachen Wachstums und des finanzdominierten Akkumulationsregimes erwachsen. Dennoch ist sie, je nach sozialem Druck, gezwungen, die eine oder andere soziale Leitplanke zu setzen.

Die Zeit des klassischen Reformismus ist also vorbei. Es kann durchaus ein neuer modernisierender Reformismus beispielsweise in Form von Nicht-Regierungsorganisationen entstehen. Die Reformen hingegen, die in der Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung erkämpft werden müssen, situieren sich in einem Verständnis, das nichts mit dem traditionellen und staatsfixierten Reformismus und der klassischen Sozialdemokratie zu tun hat und sie unterscheiden sich auch sowohl von der Logik eines modernen als auch radikalen Reformismus.

Die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind Reformen, zugleich verfügen sie über eine inhärente Logik, die der Logik des Kapitalismus widerspricht, eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. Die Vorschläge plädieren dafür, die Demokratie radikal auszuweiten, sie zielen auf die Durchsetzung einer vollständigen politischen und ökonomischen, letztlich gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Diese Skizze verfolgt nicht das Ziel, eine abstrakte Diskussion über Selbstverwaltungsmodelle oder gar den Gegensatz von Reform und Revolution auszulösen. Vielmehr geht es darum, anhand einiger Vorschläge aufzuzeigen, dass die eine konsequente Perspektive der gesellschaftlichen Transformation durchaus an aktuellen Auseinandersetzungen ansetzen kann und letztlich realistischer ist, als die Suche nach einem neuen sozialen Kompromiss.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Zugleich ist aber klar, dass diese Alternativen keine punktuelle Reparatur sein können, sondern in ihrer Dynamik zu einer gesellschaftlichen Transformation beitragen, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung, die Logik der Konkurrenz überwindet. Damit werden Reformen verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der gesellschaftlichen Transformation, das sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht.

Literatur

- Andréani, Tony; Baron, Alain; Clair, Laetitia; Le Pors, Anicet; Rovère, Michel und Salesse, Yves (2002): *L'appropriation sociale*. Les Notes de la Fondation Copernic. Paris: Éditions Syllepse, 126 S.
- Bensaïd, Daniel (2003): *Le nouvel internationalisme contre les guerres impériales et la privatisation du monde*. Paris: Textuel, 186 S.
- Bihl, Alain und Chesnais, François (2003): S'attaquer au tabou des tabous: A bas la propriété privée!, *Le Monde Diplomatique*, 50 (10), Octobre: S. 4
- Brand, Ulrich (2003): *Regulation und Politik. Theoretische Probleme der Internationalisierung und die "Empire-These"*. In: U. Brand und W. Raza (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 304-25.
- Chesnais, François (2003): *Rapports de propriété et formes de captation du "cognitif" au bénéfice du capitalisme financier*. In: C. Vercellone (Hrsg.): Sommes nous sortis du capitalisme industriel? Paris: La Dispute. S. 167-79.
- Coutrot, Thomas (2002): Appropriation sociale: les impasses de la Fondation Copernic, *ContreTemps* (5): S. 129-35.
- Esser, Joseph; Görg, Christoph und Hirsch, Joachim (1994): *Von den "Krisen der Regulation" zum "radikalen Reformismus"*. In: J. Esser, C. Görg und J. Hirsch (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat. Hamburg: VSA-Verlag. S. 213-28.
- Hirsch, Joachim (1990): *Kapitalismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA, 200 S.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternative*. Hamburg: VSA-Verlag, 224 S.
- Jessop, Bob (2003): *Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes*. In: U. Brand und W. Raza (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 89-111.
- Lundvall, Bengt-Åke (1992): *User-producer relationships, national systems of innovation and internationalisation*. In: B.-Å. Lundvall (Hrsg.): National systems of innovation: towards a theory of innovation and interactive learning. London: Pinter. S. 45-67.
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 544 S.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital, Dritter Band*. Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW) Band 25. Berlin: Dietz Verlag, 1007 S.
- Salesse, Yves (2001): *Réformes & Révolution. Proposition pour une gauche de gauche*. Marseille: Agone, 208 S.
- Serfati, Claude (2003): *La logique du capital financier au coeur des rapports de production contemporains*. In: C. Vercellone (Hrsg.): Sommes nous sortis du capitalisme industriel? Paris: La Dispute. S. 181-206.
- Sölvell, Örjan und Zander, Ivo (1998): *International Diffusion of Knowledge: Isolating Mechanisms and the Role of MNE*. In: A. D. J. Chandler, P. Hagström und Ö. Sölvell (Hrsg.): The Dynamic Firm. The Role of Technology, Strategy, Organization, and Regions. Oxford: Oxford University Press. S. 402-17.

Storper, Michael (1997): *The Regional World. Territorial Development in a Global Economy*. New York, London: The Guilford Press.

Veltz, Pierre (2000): *Le nouveau monde industriel*. Paris: le débat, Éditions Gallimard, 230 S.

Zeller, Christian (2002): Project Teams as Means for Restructuring Research and Development in the Pharmaceutical Industry, *Regional Studies* 36 (3): S. 283-97.

Zeller, Christian (2004): North Atlantic innovative relations of Swiss pharmaceuticals and the importance of regional biotech arenas, *Economic Geography* 80 (1): S. 83-111.